

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Bürokratieabbau in Berlin voranbringen!

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, ein konkretes Netto-Reduktionsziel für den Bürokratieabbau vorzugeben. Dabei ist sich an den Umsetzungen in anderen Bundesländern bzw. an dem vom Bund geplanten Reduktionsziel von 25 % zu orientieren.

Die für Verwaltungsmodernisierung zuständige Senatsverwaltung für Inneres und Sport wird weiterhin aufgefordert, regelmäßig die Empfehlungen des Normenkontrollrates auf ihre Übertragbarkeit auf das Land Berlin hin zu überprüfen.

Dem Abgeordnetenhaus ist jährlich zum 30. September über den Stand der Messungen und möglichen Potenzialen zum Abbau von Bürokratie zu berichten.

Begründung:

Pro Jahr fallen auf Bundesebene für die Wirtschaft Bürokratiekosten von rund 46 Mrd. Euro an, die unter anderem durch Berechnen, Verwalten und Abführen von Steuern und Abgaben, das Ausfüllen von amtlichen Formularen und Statistiken und durch diverse Aufzeichnungs-, Auskunfts- und Dokumentationspflichten zustande kommen. Von diesen Pflichten sind insbesondere kleine und mittlere Unternehmen betroffen, auf die nach Zahlen des Instituts für Mittelstandsforschung 84 Prozent der Belastungen entfallen.

Seit August 2006 werden auf Bundes- und Landesebene Schritte unternommen, um die bürokratischen Hemmnisse zu identifizieren und abzubauen. Durch die Einrichtung einer Leitstelle in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen soll seit April 2007 auch in Berlin die Bürokratiemessung nach dem Standard-Kosten-Modell vorgenommen werden.

Da sowohl auf Bundesebene als auch in anderen Bundesländern seit knapp einem Jahr Erfahrungen mit der Bürokratiekostenmessung gemacht wurde,

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

erscheint es aufgrund der Komplexität der Thematik wünschenswert, deren Zielvorgaben im Sinne von Best Practice zu übernehmen. Ein etwaiges Netto-reduktionsziel sollte realistisch bei 25% bis 2011 liegen. Dies entspricht der Zielperspektive des Bundes.

Auf Bundesebene wurde ferner ein Normenkontrollrat eingerichtet, der als Koordinations- und Informationsgremium fungiert. Zwar haben dessen Aussagen und Ratschläge Empfehlungscharakter, weisen aber eine breite wissenschaftliche Expertise auf, die so auf Landesebene nicht existiert. Darum empfiehlt sich, dass die Senatsverwaltung für Inneres und Sport die Übertragbarkeit der Empfehlungen auf die Berliner Strukturen prüft und in die Wege leitet. Auf diese Weise lässt sich von Fehlern und Problemen in der Umsetzung lernen.

Ein jährlicher Bericht dient abschließend zur Information über Stand der Messungen und der Identifizierung möglicher Abbaupotenziale.

Berlin, 26.06.2007

Dr. Lindner Schmidt
und die Mitglieder der Fraktion der FDP